

Presseinformation

Nr. 8/2013

Berlin/ Worms, 16.04.2013

Bürokratie im Gesundheitswesen – ein Milliardengrab!

In der vergangenen Woche war das Thema Krankheit wieder im Munde aller Bürokratiebegeisterten: Bei Hartz 4 Empfänger soll der Medizinische Dienst prüfen, ob eine Krankmeldung auch gerechtfertigt ist.

Die DGVP e.V. fordert anstatt einer Sozialmissbrauchsdebatte das Gesundheitssystem insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Ziel muss ein, die Effizienz der Nutzung von Finanzmittel den Ansprüchen der Bürger/ Versicherten/ Patienten anzupassen.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben mehrere unsinnige politische Reformen die gesetzliche Krankenversicherung – und damit die von uns Bürgern bezahlten Beiträge – unnötig und in starkem Maß bürokratisch und finanziell belastet:

1. Einführung des Gesundheitsfonds: die Versicherungsbeiträge werden durch die ca. 150 gesetzlichen Krankenkassen eingezogen und danach an den Gesundheitsfonds weitergeleitet. Anschließend werden eben jene Beiträge an die jeweilige Krankenkasse nach einem gewissen Schlüssel - entsprechend der Versichertenzahl und unter Berücksichtigung des Morbiditäts-Struktur-Ausgleichs - zurückgeführt.
2. Aufbau des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen: Anders als ursprünglich angedacht, führte der Aufbau des Spitzenverbands nicht zur Aufhebung der Landesverbände der einzelnen gesetzlichen Krankenkassen. Vielmehr bestehen doppelte Strukturen – und das in Zeiten der Rationierung von Versicherungsleistungen und der Vergütungsminimierung für die Berufsgruppen und Institutionen der Versorgung/ Behandlung/ Betreuung im Gesundheitssystem. Letztlich muss man hier von einem Qualitätsabbau als Folge ausgehen.
3. Intensivierung des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen auf Bundesebene und in den Ländern: Der Medizinische Dienst der Krankenkassen wird aus dem Beitragsvolumen der Bürger bezahlt und verursacht erhebliche Kosten im Bereich der Verwaltung und Bewilligung von Leistungen und Vergütungen.

1/2

4. Aufbau des InEk: Um die Vergütungskriterien für die Leistungen der stationären Einrichtungen über die Diagnostik Related Groups (DRG's) auszutarieren, musste ein neues Institut geschaffen werden. Dabei geht es um die dezidierte Festlegung der Abrechnungskriterien. Allerdings ist der Mensch ein Individuum, so dass sich ständig Auseinandersetzungen zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und den stationären Einrichtungen ergeben, da Pauschalierungen nur sehr schwer der Realität gerecht werden.

5. Aufbau des Gemeinsamen Bundesausschusses: Neben den Ärztekammern, den Kassenärztlichen Vereinigungen, den Fachgesellschaften der Mediziner, den Verbänden der Krankenhäuser, den Organisationen der Gesundheitswirtschaft entstand zusätzlich der Gemeinsame Bundesausschuss. Dieser gilt als Gremium der Selbstverwaltung und als konzentrierter Ansprechpartner für die Politik. Die Kosten belasten die Bürger.

6. Weitere Institute wie DIMDI und das AQUA: Ersteres gibt Klassifikationen zur Kodierung von Diagnosen und Operationen heraus und pflegt weitere medizinische Bezeichnungssysteme. Letzteres ist zuständig für die Umsetzung des Qualitätsmanagements, welches aber gleichzeitig kontinuierlich erschwert wird durch den politisch verursachten Kosten- und Rationierungsdrucks.

Diese Vergeudung von Ressourcen zu Lasten der Bürger und der Berufsgruppen der Versorgung/Behandlung/Betreuung wird offensichtlich stillschweigend geduldet. Das verwundert doch sehr, da ja der ökonomische Ansatz im Gesundheitswesen andererseits immer im Vordergrund steht.

Der Vorstand der DGVP e.V. fordert die offene Diskussion zum Abbau dieser Geld- und Ressourcen-Vernichtungs-Maschinerie. Das Gesundheitswesen – oder besser: Krankenversichertenbetreuungswesen – muss ausgerichtet sein zum Nutzen der Bürger, der Versorgung, der Politik und der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die Veränderung dieser Strukturen ist unbedingt erforderlich. Die Demografie - weniger Zahler und mehr Kranke - macht dies notwendig. Wer dies leugnet, ist ein Lügner.

Pressestelle Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten/
DGVP e.V. für Gesundheit
Tel: 06247-904 499 7
Fax: 06247-904 499 9
presse@dgvp.de
www.dgvp.de

freigegeben zur Veröffentlichung